

09 ¹⁰/₂₀₂₁

MAGAZIN

FÜR KOMMUNALES BILDUNGSMANAGEMENT

stadt land bildung

INTEGRIERTES
SOZIALMANAGEMENT

S. 08 - 10

VON DER FACHPLANUNG ZUR
INTEGRIERTEN PLANUNG

S. 04 - 07

INTERVIEW

Der erste Bildungs-
bericht des Landkreis
Saarlouis

S. 20 - 21

KOOPERATION

Pflege deine Zukunft

S. 18 - 19

INTERVIEW

Aktuelle Herausforderungen
in der Bildungsplanung

S. 14 - 15

INTEGRIERTE Bildungsplanung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur RLP-SL



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wer in die Zukunft investieren will, investiert in Bildung. Denn Bildung ist die Ressource, aus der unsere Gesellschaft schöpfen kann und auf die sie großen Einfluss hat. Verpatzte Bildungsübergänge und Brüche in Bildungsbiografien fallen zudem in der Zukunft durch mangelnde Teilhabe und höhere Kosten für die Sozialsysteme wieder auf die Gesellschaft zurück. Für die Kommunen ist Bildung aber auch Dableibe-Vorsorge. Denn die aktive Gestaltung von Bildung steigert die Attraktivität vor allem ländlich geprägter Räume für Familien und Fachkräfte.

Die rheinland-pfälzischen Landkreise nehmen die Herausforderung an, als gestaltende Kräfte die Bildungslandschaften in unseren Kommunen weiterzuentwickeln. So haben wir es im Positionspapier ZukunftsChance Bildung des Landkreistages formuliert. Ich begrüße es sehr, dass die allgemeine Landräte-

konferenz hinter dieser Botschaft steht. Nun ist es unsere Aufgabe, die Ideen des Positionspapiers mit Leben zu füllen und umzusetzen.

Die Landkreise haben innerhalb des föderalen Systems große Handlungsspielräume, die Zukunftschance Bildung zu nutzen. Dafür gilt es, das Denken in Zuständigkeiten zu überwinden und Bildung in gemeinsamer Zusammenarbeit als Gemeinschaftsaufgabe kommunaler und staatlicher sowie zivilgesellschaftlicher Stellen zu bearbeiten. Wir als Kommunen müssen uns auch jenseits der äußeren Schulangelegenheiten aktiv in die Gestaltung von Schule einbringen – insbesondere um digitale Bildung zum Erfolg zu bringen. Das bedeutet beispielsweise schon bei der Planung von Bildungsangeboten mit anderen Abteilungen innerhalb der Verwaltung stärker zu kooperieren. So können wir Reibungsverluste gering

halten und Investitionen in die Zukunft besser planen.

Von der frühkindlichen Bildung und der Familienbildung bis hin zu den Volkshochschulen: Kommunen können mit ihrem Angebot die Weichen für Bildungserfolge richtig stellen. Durch gute Kooperationen können wir die Bildungschancen an Bildungsübergängen entlang der gesamten Bildungskette verbessern, ob beim Wechsel von der Kita in die Grundschule oder von der Schule in den Beruf. Ich bin sicher, es lohnt sich, diese Chancen zu ergreifen.

In dieser Publikation finden Sie gelungene Beispiele, wie die Planung von Bildung auf eine neue, kooperative Basis gestellt werden kann. Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Ihr Günther Scharz
Landrat, Vorsitzender des Landkreistages
Rheinland-Pfalz

Inhalt

Von der Fachplanung zur integrierten Planung

Jörg Fischer

04



Im Fokus

Integriertes Sozialmanagement
Heike Fleischmann // S. 08

Aufbau einer integrierten Sozialplanung
Désirée Schmidt // S. 11

Aktuelle Herausforderungen in der Bildungsplanung
Interview mit Klaus Cartus // S. 14

Themendossier
Kommunale Bildungsplanung // S. 16



Interview mit Tobias Clanget zum ersten Bildungsbericht des Landkreises Saarlouis

20

Im Portrait

3 1/2 Fragen an ...
Laura Silvia Schaaf, Hanns Peter Ebert // S. 22

Aus der Praxis

Kooperation zwischen Stadt und Landkreis im Bildungsmonitoring
Interview mit Dr. Martha Ottenbacher und Julia Schmitt // S. 24

„Pflege! Deine Zukunft“
Integration in Ausbildung und Beruf im Landkreis Altenkirchen

18

Andrea Rohrbach





Von der Fachplanung zur Integrierten (Bildungs-)Planung

von Jörg Fischer

Bildung und deren Planungsprozesse unterliegen einer permanenten Veränderung. Während in der Vergangenheit viel dafür getan wurde, dass Bildungsprozesse mehr als die Organisation von Schule umfassen und nunmehr in ein breites und lebenslang orientiertes Bildungsverständnis münden, bahnt sich eine weitere Entwicklungsstufe an. Obwohl Bildungsplanung mit dem erweiterten Bildungsverständnis bereits einen nicht zu unterschätzenden Öffnungsprozess hinter sich hat und diese Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist, agiert sie dennoch wie andere Fachplanungen auch stark auf sich bezogen. Ungeachtet aller bereits vorhandenen Öffnungsprozesse und modellhafter Formen des Zusammendenkens und -arbeitens handeln Fachplanungen auf kommunaler Ebene weiterhin in der Regel strukturell und programmatisch nebeneinander. Mit der Entwicklung hin zu einer integriert angelegten Planung kann es gelingen, eine gemeinsame Plattform für alle Fachplanungen zu schaffen, Planung damit zu stärken, Synergien zu nutzen, die Bedeutung von fachplanerischen Zugängen auszubauen und schlussendlich auch den eigenen Auftrag besser zu erfüllen (Fischer 2020).

Bildungsplanung als Fachplanung

Bildungsplanung hat sich in den vergangenen Jahren massiv gewandelt und erweitert. In einem ursprünglich rein schulisch fokussierten und damit enger gefassten Bildungsverständnis verstand sich Bildungsplanung als zuständig für äußere und innere Schulangelegenheiten, die es in der unterschiedlichen Verantwortung von Land und Kommune miteinander abzustimmen galt. Die damit verbundenen Aufgaben bestehen angesichts der weiterhin existierenden strukturellen Schwierigkeiten in der Steuerung von Bildung fort. Darüber hinaus haben sich mit der Hinwendung zu einem erweiterten Bildungsverständnis für Bildungsplanung neue Aufgaben ergeben, die in einer Planung der über Schule hinausreichenden Bildungsprozesse und einer

Öffnung der Prozesse um die Ausgestaltung von lokaler Bildung begründet liegen. Sowohl die Bewältigung von Schulplanung als auch von darüber hinausgehenden Bildungsprozessen stellen eine fortwährende Herausforderung für Bildungsplanung dar.

Bildungsplanung verändert sich in dieser fachbezogenen Planung kontinuierlich über eine rein administrative Planung von ausreichend Schulplätzen hin zu einer Organisation von gesellschaftlich weiter gefassten Bildungsangeboten. Im Rahmen der damit verbundenen Öffnungsprozesse gegenüber weiteren staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bildungsakteuren ergibt sich eine Bereitschaft zur Sensibilisierung gegenüber Bildungs-

problemen und deren ganzheitlichen Ursachen sowie Folgen im Rahmen bspw. des Bildungsmonitorings.

Gleichwohl verharret auch eine sich als ganzheitliche verstehende Bildungsplanung auf dem Niveau einer Fachplanung wie etwa Jugendhilfeplanung, Gesundheitsplanung oder Verkehrsplanung, wenn es nicht gelingt, integrierte Strukturen der Planung zu entwickeln.

Bildungsplanung als Teil integrierter Planung

Fachplanungen sind notwendiger planerischer Bestandteil von kommunalen Fachgebieten und Politikfeldern. Sie stellen innerhalb von planerischen Kreisläufen Wissen zur Verfügung, nehmen Bedarfe auf, initiieren fachliche Fortentwicklungen, binden Akteure ein, ermöglichen Beteiligung und hinterfragen bestehende Antworten – damit bilden Fachplanungen das fachliche Rückgrat einer Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge (vgl. Fischer/Michelfeit 2020). Wie jede Fachplanung bringt auch Bildungsplanung ihren ganz eigenen Fokus ein und setzt eigene Schwerpunkte. Individuelles Leben und gesellschaftliches Zusammenleben werden aus Bildung heraus definiert und stehen damit im Wettbewerb zu ähnlichen Perspektiven wie Gesundheit, soziale Ungleichheit, Verkehr usw.

Mittels einer gemeinsamen planerischen Plattform kann es gelingen, dass jede Fachplanung ihr eigenes Expertenwissen einbringt und damit ein Bild von den Menschen vor Ort generiert wird, in dem sich das Leben in seinen Facetten ganzheitlich abbildet. Den theoretischen Bezug dazu liefert der Lebenslagenansatz, der darauf beruht, alle Dimensionen des menschlichen Alltags in den Blick zu nehmen (vgl. Weißer 1972). Mit der materiellen Grundversorgung, dem sozialen Bereich, der psychischen und physischen Lage und auch dem kulturellen Bereich findet das gesamte Leben Berücksichtigung und wird gleichrangig in seinen Verschränkungen betrachtet.

Angesichts dieser Komplexität kommen selbst gut angelegte Fachplanungen inhaltlich wie strukturell an ihre Grenzen, da Datenzugänge fehlen, Zuständigkeiten zu beachten sind oder Lösungen nicht in einem Erfahrungszusammenhang betrachtet werden können.

Integriertes Denken bedeutet, gemeinsame Ziele aus einer kommunalen Gesamtsicht und nicht aus einer einzelnen fachli-

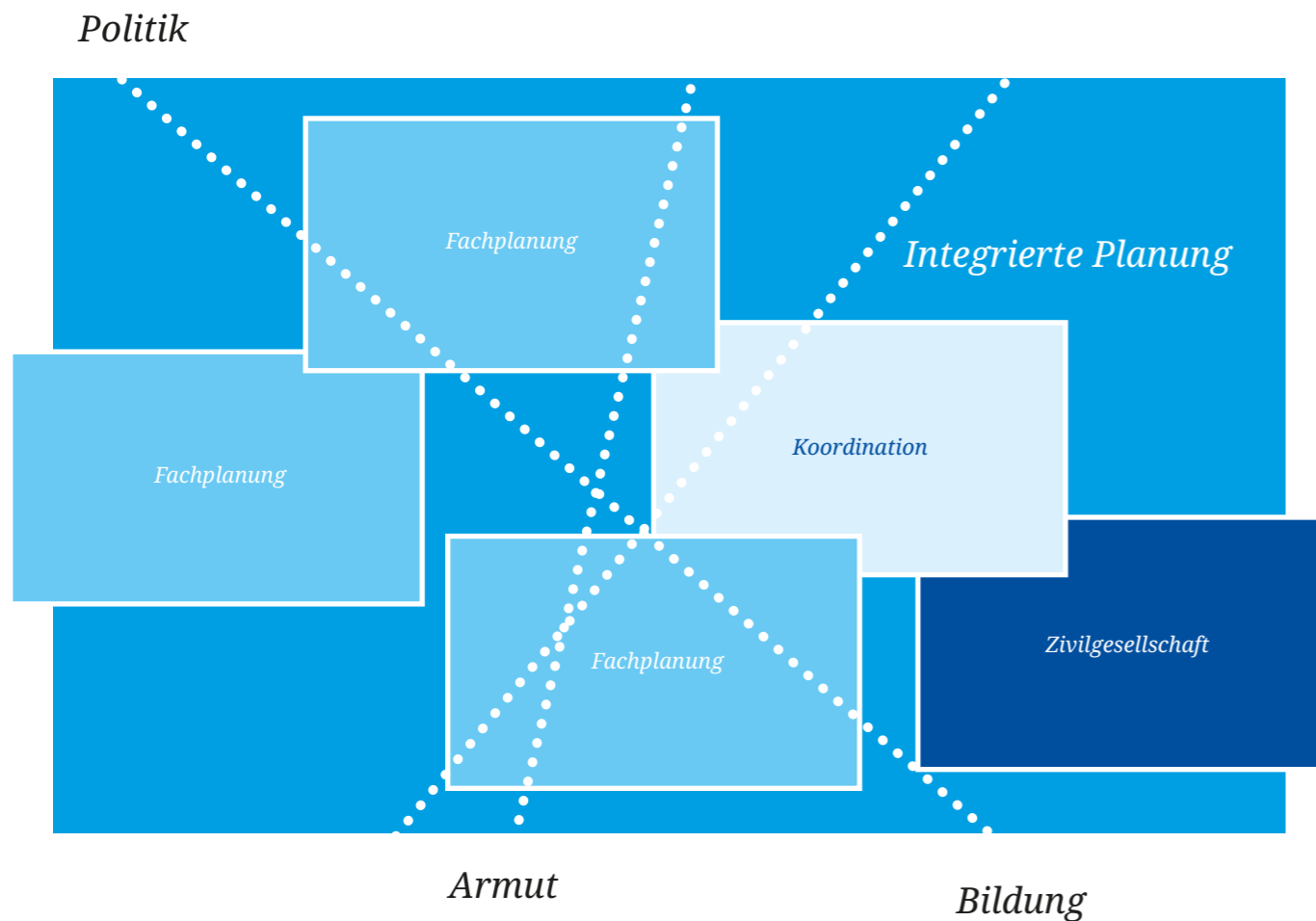
chen Perspektive heraus zu entwickeln und das eigene fachplanerische Methodenrepertoire zu erweitern.

Die Gründe für eine integrierte Planung in Kooperation mit den Fachplanungen liegen auf der Hand. Sie

- verbindet alle Bereiche der kommunalen Planung (Sozial- und Raumplanung),
- kombiniert datengestütztes, administrativ-kleinräumiges Vorgehen mit Expertenwissen der Akteurinnen und Akteure, der Bevölkerung und den Zielgruppen vor Ort,
- erfasst die Komplexität örtlicher Lebensbedingungen und Lebenslagen und reagiert darauf,
- fördert gesellschaftliche Teilhabe mittels sozialraumplanerischer Aktivitäten,
- macht Entscheidungen, insbesondere bei knappen Ressourcen, transparent und nachvollziehbar.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht, wie verschiedene Fachplanungen unter Koordination in einer integrierten Planung zusammenfinden können und dabei auch die Zivilgesellschaft eingebunden werden kann. Mittels dieses Planungsansatzes kann aus Planung heraus auch auf die Belange von Politik ganzheitlich reagiert werden. Im Zusammenwirken ist es möglich, Querschnittsthemen wie etwa Bildung oder Armut gemeinsam wahrzunehmen und abgestimmte Prozesse der kooperativen Bearbeitung anzuregen.





Vorteile und Aufgaben einer Bildungsplanung als Teil integrierter Planung

Eine integrierte Planung auf kommunaler Ebene umfasst den Einbezug aller Fachplanungen, aber auch die Partizipation der organisierten Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger. Daraus ergeben sich für Planung generell und auch für die einzelnen Fachplanungen deutliche Vorteile:

1. Eine ganzheitliche Planung stößt nicht an die Grenzen der fachlichen Expertise und der die öffentliche Verwaltung prägenden Zuständigkeiten. Vielmehr lassen sich durch eine integrierte Planung und einer Bildungsplanung als deren Teil passgenaue Angebote wirksamer entwickeln. Damit erhöht sich die Effektivität planerischen Handelns. Gerade die Bildungsplanung sollte mit ihrem Bildungsbezug ein Interesse daran haben, den eigenen thematischen Bezug als Querschnittsthema zu behandeln und dafür

die Unterstützung im Knowhow anderer Fachplanungen einzuholen.

2. Integrierte Fachplanung steigert die Effizienz planerischen Handelns. Eine Abstimmung im Sinne integrierter Planung vermag es, dass Daten beispielsweise nur einmal erhoben werden und systematisch in einen Datenpool gespeist werden. Auf diesen können dann alle Fachplanungen zurückgreifen. Der Fokus der Zusammenarbeit kann daraufhin auf eine Stärkung räumlicher Bezugsgrößen und höherer Sensitivität gegenüber aktuellen Entwicklungen gelegt werden.
3. Durch eine Kooperation und Abstimmung von Schwerpunkten können fachliche Entwicklungen zielgerichtet vorangetrieben und damit der Stellenwert von Planung und ihren Erkenntnissen gegenüber Leitung und Politik verdeutlicht werden.



4. Schließlich stärkt eine integriert angelegte Planung die Partizipation unter den kommunalen Akteuren. Fachkräfte wie Adressaten und Adressatinnen können abgestimmt und vernetzt in die Entwicklung der Kommune eingebunden werden. Somit findet auch eine Stärkung planerischer Legitimation nach außen statt, die wiederum die Position von Planung verbessert.

Um es deutlich auszudrücken: Integrierte Planung ersetzt nicht Fachplanung. Vielmehr kann eine integriert angelegte Planung planerische Prozesse koordinieren, Doppelarbeit vermeiden und Synergieeffekte nutzen. Integrierte Planung stärkt Fachplanung und somit auch Bildungsplanung als Fachplanung.

Bildungsplanung partizipiert überdurchschnittlich durch eine Beteiligung an integrierter Planung, denn:

- neben der bereits angedeuteten Verankerung von Bildung als Querschnittsthema erfolgt eine Stärkung von Bildungsplanung als Fachplanung. Dies ist möglich, indem Bildungsplanung den integrierenden Ansatz auch nach innen, in das eigene Themenfeld hinein, verfolgt und neue Unterstützung bei den eigenen fachlichen Öffnungsprozessen um das erweiterte Verständnis von Bildung erfährt. Damit kann der weiterhin bestehende Auftrag eines Übergangs vom engen zum erweiterten Bildungsverständnis auch mit Unterstützung und Impulsen von außen bewerkstelligt werden.
- Bildungsplanung vermag durch den Einbezug in integrierte Prozesse die eigene Datenbasis zu erweitern und – was vielleicht noch wichtiger ist – die eigene Analysekompetenz durch den konsequenten Einbezug von Daten anderer Fachplanungen zu vergrößern. So können beispielsweise Befunde zum gesundheitlichen Wohlbefinden von Kindern etwa aus den Schuleingangsuntersuchungen in einen systematischen Prozess der Schlussfolgerungen in Kinder- und Jugendhilfe und Bildung münden.
- Durch integrierte Planung steht Bildungsplanung nicht allein mit ihrer Planungsperspektive da. Stattdessen kann sie auf eine fachübergreifende Planungsstruktur verweisen. Dies kann in themenfeldübergreifenden Argumentationen von

eigenen Erkenntnissen durch andere Fachplanungen etwa in politischen Ausschüssen ein Vorteil sein, zu denen sonst kein eigener Zugang besteht.

- Mittels einer Vernetzung von kommunaler Planung erhalten unterstützende Akteure eine völlig andere Rolle. Unterstützung braucht nicht allein zuständigkeitsorientiert organisiert werden, sondern kann ebenso vernetzt strukturiert sein (vgl. Schubert 2008).
- Mittels eines ganzheitlichen Blicks auf das eigene Themenfeld der Bildung kann es gelingen, Abstand zu den eigenen bildungsideologischen Verengungen zu gewinnen und wenn möglich neue planerische Handlungsoptionen zu schaffen. Integrierte Planung kann mit ihren Erkenntnissen dazu beitragen, eigene thematische und strukturelle Schwächen zu überwinden und Unterstützung etwa bei der Öffnung des Bildungsbegriffs jenseits von Schule zu generieren.

Alles in allem vermag Bildungsplanung nicht nur integrierter Planung zu unterstützen, sondern Vorteile für die eigene Fachplanung zu erschaffen. Der Weg von der Fachplanung zur Integrierten (Bildungs-)Planung ist somit ein zentraler Bestandteil einer Bildungsplanung, die ihre fachliche Fortentwicklung bewusst vorantreibt und sich dabei selbstreflexiver aufzustellen vermag.

Autor: Prof. Dr. Jörg Fischer, Professor für Bildungs- und Erziehungskonzepte an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Erfurt und Leiter des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung, E-Mail: joerg.fischer@ikpe-erfurt.de

Literatur: Fischer, J. (2020): Integrierte Sozialplanung als Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. In: TANORAMA – Das Magazin der Transferagentur Nord-Ost, Heft 1/2020, S. 4-6.

Fischer, J./Micheleit, C. (2020): Vom Plan zur Planung – Wie Thüringen zum Vorreiter in der integrierten Sozialplanung wurde. In: TMSGFF (Hrsg.): Fünf Jahre Armutsprävention in Thüringen. Erfurt, S. 6-9.

Schubert, H. (2008): Netzwerkkoooperation – Organisationen und Koordination von professionellen Vernetzungen. In: ders. (Hrsg.): Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen – Grundlagen und Praxisbeispiele. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-105.

Weisser, G. (1972): Sozialpolitik. In: Bernsdorf, W. (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie 3. Frankfurt/Main: Fischer, S. 769-776.

ISM – Integriertes Sozialmanagement in Mannheim

von Heike Fleischmann

Im Rahmen der strategischen Haushaltskonsolidierung Mannheim SHM¹ erhielt eine fachbereichs- und dezernatsübergreifende interdisziplinäre Projektgruppe 2017 den Auftrag, das Schlüsselprojekt „Integriertes Sozialmanagement Mannheim (ISM)“ zu bearbeiten. Die Projektgruppe sollte Vorschläge entwickeln, wie die Stadtverwaltung zu einem dezernatsübergreifenden, zielgerichteten, systematischen und sozialraumorientierten Handeln befähigt werden kann. Die fünf Fachbereiche Bildung, Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, Gesundheit, Tageseinrichtungen für Kinder sowie Arbeit und Soziales erarbeiteten im Zeitraum von zwei Jahren unter temporärer Einbeziehung und mit Unterstützung weiterer Fachbereiche der Stadt Mannheim Handlungsempfehlungen für neue Steuerungsinstrumente zu sechs Fragestellungen. Die Projektleitung stammte als neutrale Moderation bewusst aus einem projekt-unbeteiligten Dezernat, der Statistikstelle des Fachbereichs Stadtplanung. Dieser Fachbereich ist zudem ein maßgeblicher Akteur und Ansprechpartner für die Inhalte der Steuerungsinstrumente. Ein Großteil der Vorschläge konnte bereits durch Beschlüsse des Gemeinderats oder durch informelle Veröffentlichungen umgesetzt werden.

Ausbau des präventiven Ansatzes

Das Sozialmanagement unterliegt vielfältigen Anforderungen, die sich aus normativen Vorgaben, gesellschaftlichen Trends, fachlichen und organisatorischen Standards sowie den Erwartungen der Akteure der Sozialpolitik ergeben. Auf dieser Grundlage verfolgt die Stadt Mannheim bereits seit einigen Jahren einen grundsätzlich präventiv ausgeprägten Ansatz, der nun noch stärker in den Fokus rücken soll. Da in den städtischen Ressorts unterschiedliche Planungsgrundlagen ohne eine erkennbar gemeinsame Datenbasis existierten, entstand der Wunsch eines weiteren Ausbaus des präventiven Handelns, der kooperativen Ansätze sowie der sozialräumlichen Betrachtung.

Sechs neue Steuerungsinstrumente

Konkret sollten im Rahmen des SHM²-ISM in einem Zeitraum von zwei Jahren sechs neue Steuerungsinstrumente für die projektbeteiligten Fachbereiche entwickelt werden. Diese sechs Steuerungsinstrumente sollten konkret untersucht, bewertet und schließlich mit entsprechenden Handlungsempfehlungen versehen werden. Dazu gehörten:

- ein umsetzungsreifes Konzept für eine koordinierte Sozialberichterstattung
- eine integrierte sozialräumliche Gliederungsstruktur
- eine gemeinsam genutzte Datenbank mit relevanten Strukturdaten der Sozialräume

- eine Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Fachbereichen
- ein IT-Prototyp für ein Monitoring sozialräumlicher Entwicklung
- ein Konzept für quartiersbezogene Sozialraumanalysen

Modularer Aufbau der Sozialberichterstattung

Statt einer integrierten Sozialberichterstattung² über alle relevanten Themen und städtischen Teilräume, sollen künftig thematische Fachberichte als modulare Bausteine eines Gesamtkonzepts entstehen. Zugrunde liegen einheitliche Standards, unter anderem eine einheitliche sozialräumliche Beobachtungsebene,

eine Harmonisierung der Indikatoren und auch ein einheitliches Layout. Unter Berücksichtigung der personal- und zeitaufwändigen Abstimmung für jede Art der Berichterstattung scheint das ein akzeptabler Weg, um eine Verbindung der Berichte herzustellen.

Vereinheitlichung der Gliederungsebenen

Der Entwicklung einer gemeinsamen sozialräumlichen Gliederungsebene³, die besser als bisher lebensweltlich zusammenhängende Teilgebiete in der Gesamtstadt abbildet, gingen umfassende Betrachtungen der bestehenden innerstädtischen Raumgliederung und der unterschiedlichen Planungsräume

¹ <https://www.mannheim.de/de/stadt-gestalten/verwaltungsmodernisierung/shm2-2017-2020>

² <https://www.mannheim.de/de/stadt-gestalten/planungskonzepte/sozialberichte>

³ https://www.mannheim.de/sites/default/files/2020-05/b202001_raumbezugssystem_ma_2020.pdf

der projektbeteiligten Fachbereiche voraus. Ziel war es, eine einheitliche Gliederungsebene zu finden, um künftig die direkte Anschlussfähigkeit der sozialräumlichen Analysen der unterschiedlichen Fachbereiche herstellen zu können. Es gelang, unterhalb der Stadtbezirksebene eine tiefer gegliederte Stadtteilgliederung zu entwickeln, die künftig für die integrierte Sozialberichterstattung verwendet wird. Sie ist künftig auch deckungsgleich mit den Wahl-Stadtteilen. Aufgrund der besonderen Voraussetzungen für Grundschulbezirke, konnten diese in die Neugliederung nicht integriert werden, was jedoch kein Problem darstellt. Auch vorher waren nur sehr wenige Grundschulbezirke deckungsgleich mit Stadtteil- oder Stadtbezirksgrenzen.

Aufbau eines Data-Warehouse sowie einer einheitlichen Indikatorenliste

Die Stadt Mannheim nutzt eine Vielzahl an Datenquellen, deren Daten sich sowohl inhaltlich als auch methodisch unterscheiden. Zudem haben die mit dem Sozialmanagement befassten Dienststellen verschiedene eigene Verfahren im Einsatz. Mit dem Ziel, eine kommunalstatistische Datenbank als zentrales Data-Warehouse zu entwickeln, entstand die MIA²-Statistikdatenbank. Grundlage dafür ist die in der Statistikstelle bereits vorhandene Statistikdatenbank.

Da hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung meist die Grundschulbezirksgrenzen relevant sind, diese jedoch – wie oben erwähnt – (noch) nicht in MIA abgebildet sind, ist der Bildungsbereich noch auf Daten und Karten direkt von der Statistikstelle angewiesen. In Bezug auf z.B. Einwohnerdaten, Anzahl der Kinder oder Migrationsanteil in den zum Schulbezirk gehörenden Stadtteilen unterstützt MIA auch den Bildungsbereich.

Die Typisierung von städtischen Teilräumen beschäftigt die projektbeteiligten Fachbereiche schon seit Jahren. Künftig soll mit widerspruchsfreien und eindeutigen räumlichen Analysen gearbeitet werden, da diese sowohl für die Verwaltung als auch für Politik und Öffentlichkeit ein hilfreiches und handlungslei-

tendes Steuerungsinstrument darstellen. Der Projektgruppe gelang es, die auf teilweise unterschiedlichen Indikatoren basierenden Sozialraumtypologien zweier Dezernate zu einer gemeinsamen Typologie⁴ zu vereinen. Dazu entwickelte die Projektgruppe eine einheitliche Indikatorenliste, die nun mehr Klarheit bietet. Verwechslungen sind künftig ausgeschlossen.

Der Sozialmonitor Mannheim² als dynamisches Monitoring-Berichtssystem basiert auf der vorab beschriebenen sozialräumlichen Gliederung sowie der Sozialraumtypologie. Damit erlaubt der Sozialmonitor umfangreiche Auswertungen mit allen zur Verfügung stehenden Bevölkerungsdaten und den für die strategische Steuerung relevanten Kennzahlen, die ebenfalls hinterlegt sind.

Verstetigung des integrierten Sozialmanagements

Die Projektgruppe stellte bei der Erarbeitung eines Vorschlags für eine integrierte, quartiersbezogene Sozialraumanalyse fest, dass bereits eine Vielzahl quartiersbezogener Konzepte und Maßnahmen existieren. Was bisher jedoch oft fehlte, waren verbindliche Standards zu deren Zielerreichung. Auch eine einheitliche administrative Steuerung existierte bisher nicht. Diese identifizierten Lücken waren die Gründe, die Projektarbeit zu verstetigen und ISM als Daueraufgabe zu sehen. So kann die Projektgruppe ihre Expertise für integrierte teilräumliche Analysen und bereits vorliegende Aufgabenstellungen für neue integrierte Projekte zur Verfügung zu stellen – gerade im Hinblick auf die Bekämpfung der Corona-Folgen im Bildungs- und Sozialbereich. Regelmäßige Abstimmungsgespräche der Kernprojektgruppe behandeln vierteljährlich den Status Quo sowie den Stand der noch ausbaufähigen Module. Darüber hinaus entstanden aus der Zusammenarbeit mit Akteuren außerhalb der Kernprojektgruppe neue Kontakte und Kooperationen.

Autorin: Heike Fleischmann, Abteilungsleiterin Bildungsplanung & Schulentwicklung, Stadt Mannheim

Aufbau einer integrierten Sozialplanung im Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Das Team der Fach- und Sozialplanung im Amt für Familien und Soziales arbeitet seit 2018 an der Etablierung eines integrierten Planungsverständnisses. Langfristiges Ziel ist der nachhaltige Auf- und Ausbau sowie die Visualisierung einer landkreisweiten, lückenlosen und altersübergreifenden Angebotslandschaft, welche sich an den individuellen sowie lebensphasenbezogenen Bedürfnissen der Landkreisbewohner/-innen orientiert. Weitere konkrete Vorhaben sind:

- abgestimmte Datenhaltung im Rahmen des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements,
- verwaltungsinterne bzw. -übergreifende Vernetzung,
- Stärkung der Sozialraumorientierung mittels Sozialraumanalysen,
- Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten,
- digitale Umsetzung und Erweiterung des Wegweisers „Von A bis Z für Jung und Alt“.

Flankiert wird der Entwicklungsprozess durch ein gemeinsames Leitbild für das Amt für Familien und Soziales sowie für die gesamte Kreisverwaltung.

Was konnte mit dem Engagement erreicht werden?

Die enge Verbindung zwischen Sozialplanung, Bildungsmanagement und -monitoring fördert in erster Linie die Vernetzung verschiedener interner Fachbereiche. Zu diesem Zweck organisiert das Team der Fach- und Sozialplanung eine dezernatsübergreifende „Planerrunde“ und arbeitet fortlaufend an ressortübergreifenden Datenübersichten. Durch dieses Zusammenspiel werden Schnittstellen zwischen den Fachbereichen greifbar und es können Anforderungen an gemeinsame Arbeitsgrundlagen formuliert werden. Die Ergebnisse aus dieser Kooperation werden fortlaufend im Konzept zur integrierten Sozialplanung des Landkreises festgehalten. Zur einheitlichen Darstellung der Fachplanungen wurde ein gemeinsames Berichtslayout entwickelt, welches seit Mitte 2018 für alle durch

»
In jedem bestehenden System
gibt es Anknüpfungspunkte
und Synergieeffekte, man muss
sie nur finden und für sich
nutzbar machen.

Amtsleiter
Andreas Liedtke



das Sachgebiet Prävention und Planung getätigten Veröffentlichungen verwendet wird. Aktuell wird an der Fortschreibung bzw. thematischen Vertiefung bereits erschienener Berichte gearbeitet, wie etwa im Rahmen frühkindlicher sowie migrantischer Bildung. Mit der im Herbst 2020 stattgefundenen Jugendbefragung wurden Instrumente der Wirkungsmessung evaluiert, welche künftig auch in den Bereichen „Hilfen zur Erziehung (HzE)“ und „Kita“ Anwendung finden sollen. Ein wichtiger Meilenstein zur Etablierung der integrierten Sozialplanung war die Veröffentlichung des Wegweisers „Von A bis Z für Jung und Alt“ im August 2020. Dieser informiert Fachkräfte, Träger sowie Bürger/-innen und ist ein wichtiges Instrument zur Bestandsaufnahme für den Auf- und Ausbau der Präventionsketten.

⁴ <https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-03/Sozialraumtypologie2020.pdf>

Was hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Vorhaben aufgegriffen und gefördert wurde?

Die Forderung des Kreissenorenbeirates nach einem ersten Altenhilfeplan hatte die Schaffung einer Sozialplanerstelle zur Folge. Aus inhaltlicher Sicht wurde die Idee einer integrierten Sozialplanung durch die fachliche Weitsicht des Leiters des Amtes für Familien und Soziales und die interne Neuaufstellung maßgeblich begünstigt. Da sich der Bereich Jugend- und Familienförderung in den vergangenen Jahren stark etabliert hat, kann die Sozialplanung auf eine Vielzahl an Ressourcen, Kooperationen und Strukturen zurückgreifen und diese um neue Aspekte (zum Beispiel Anknüpfung an Geoinformationssysteme und Kreisplanung) erweitern. Hierdurch fungiert die Sozialplanung nunmehr als Bindeglied zwischen den bereits erwähnten Prozessen.

Wie sind die Beteiligten heute eingebunden und mit welchen Ressourcen sind sie ausgestattet?

Aktuell stehen dem Team der Fach- und Sozialplanung, u. a. unterstützt durch das Förderprogramm „Bildung integriert“, vier Fachkräfte mit 3,0 VZÄ zur Verfügung, die sich mit den Themen Sozialplanung, Bildungsmanagement und -monitoring sowie Jugendhilfeplanung beschäftigen. Das Team agiert in enger Abstimmung mit anderen Bereichen innerhalb des Fachamtes (zum Beispiel struktureller Kinderschutz, Kita, HzE).

Darüber hinaus hat die Beteiligung externer Partner einen hohen Stellenwert.

Wie konnte der Erfolg gemessen und publik gemacht werden?

Arbeitsergebnisse werden anlassbezogen im Rahmen von Pressegesprächen des Landrates, Gremien- sowie Ausschussarbeit präsentiert und themenbezogen bei Fachtagen und Vernetzungsrunden (z. B. Arbeitskreise der Sozialen Stadt, Kreissenorenbeirat etc.) diskutiert. Darüber hinaus erscheint seit April 2020 quartalsweise der Newsletter des Sachgebietes Prävention und Planung, welcher Fachkräfte und Träger über aktuelle Ereignisse und Veranstaltungen informiert. Dieser und weitere Publikationen sind über die Website der Kreisverwaltung abrufbar.

Was war besonders förderlich für die Umsetzung? Welche Hemmnisse waren zu bewältigen?

Als günstige Rahmenbedingung für ein derart komplexes Vorhaben ist die gemeinsame Verortung von Sozialplanung, Bildungsmanagement und -monitoring sowie Jugendhilfeplanung im Amt für Familien und Soziales zu sehen. Dies ermöglicht einen leichteren Zugang zu anderen relevanten Fachbereichen der übergeordneten Verwaltungseinheit, wobei eine Etablierung als Stabsstelle im Hinblick auf Akzeptanz, kürzere



Entscheidungswege und Weisungsbefugnisse weitere Vorzüge bieten würde. Der künftige Ausbau der integrierten Sozialplanung hängt von der Kontinuität der Stellenfortführung und -besetzung ab. Die größten Chancen und Risiken für diesen langfristigen Prozess sind in erster Linie die internen Strukturen selbst, die Hierarchien und Zuständigkeiten sowie die zwischenmenschliche Ebene: Fachkräfte und Fachplaner/-innen mit ihren Haltungen, Vorbehalten und Fähigkeiten sind eine nicht zu unterschätzende Komponente. Ebenso hilfreich wie ein interdisziplinäres Team, welches wertvollen Input zum Anstoß von Veränderungsprozessen liefern kann, ist eine neutrale Außenperspektive. Weiterhin hat die Führungsebene als Motor und Vorbild eine große Bedeutung. Die Gratwanderung zwischen Pflicht und Kür in der Fachplanung stellt ebenfalls eine Herausforderung dar: Der Schritt von reaktiver zu proaktiver Planung bis hin zu präventiver Praxis kann nur in enger

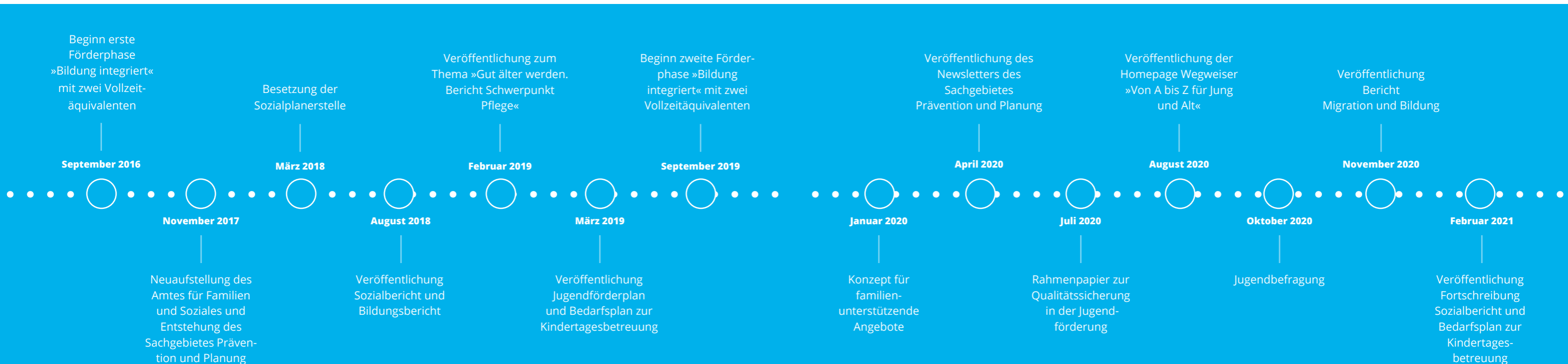
Rückkopplung mit den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern erfolgen, damit auch Hürden, wie die mangelnde Kleinräumigkeit von Daten, überwunden werden können.

Autorin:
 Désirée Schmidt, Sozialplanung und Bildungsmanagement,
 Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Weiterführende Grafiken / Links:
 Organigramm der Kreisverwaltung:
https://www.ostprignitz-ruppin.de/media/custom/353_3971_1.PDF?1587035786

Wegweiser »Von A bis Z für Jung und Alt«:
<https://www.o-p-r.info/wegweiser/>

Dies ist eine aktualisierte Version des Artikels „Aufbau einer integrierten Sozialplanung“, der im TRANSFERkompass November 2020 der Transferagentur Niedersachsen veröffentlicht wurde.



Aktuelle Herausforderungen in der Bildungsplanung

Interview mit Klaus Cartus, Jugendhilfeplanung, Landeshauptstadt Mainz



Welche Themen haben zurzeit den größten Einfluss auf Ihre Arbeit?

In der Jugendhilfeplanung stehen wir zurzeit vor vier großen Herausforderungen. Mit dem Sozialraumbudget nach dem neuen KiTa-Gesetz soll der örtliche öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe personelle Bedarfe in Kitas finanzieren, die ihnen aufgrund struktureller Benachteiligungen in belasteten Sozialräumen oder anderer Bedarfe (z. B. für interkulturelle Fachkräfte) entstehen. Grundlage für die Mittelverwendung ist eine Konzeption, die unter Mitwirkung der Jugendhilfe- und Sozialplanung erstellt wird.

Auch die zweite Herausforderung resultiert aus dem neuen Kita-Zukunftsgesetz Rheinland-Pfalz. Es regelt, dass im Kindertagesstättenbedarfsplan auch Festlegungen zu den Betreuungszeiten und zu den Sozialräumen zu treffen sind, in denen die Kitas liegen. Letzteres hat dann auch Auswirkungen auf das Sozialraumbudget. Die dritte Herausforderung ist der kommende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Ab dem Schuljahr 2026/27 soll es im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe für Grundschulkindern einen Rechtsanspruch auf eine achtstündige Betreuung während der Schulzeit und in einem Großteil der Ferien geben. Die Schaffung der dafür notwendigen Infrastruktur und die Rekrutierung des notwendigen Betreuungspersonals stellt für den örtlichen Träger der



Kinder- und Jugendhilfe eine große Herausforderung dar; derzeit gehen wir davon aus, dass ca. 60-70 % der Grundschulkindern ein solches Angebot wahrnehmen werden. Viertens die Reform des SGB VIII: Die Reform durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz hat nicht nur bisherige Regelungen präzisiert, sondern Weichen für neue Entwicklungen gestellt. So soll die Kinder- und Jugendhilfe ab 2028 auch für Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung zuständig werden.

Welche Auswirkungen hat das auf die Jugendhilfeplanung?

Durch das SGB VIII ist sind neue Anforderungen bzw. Aspekte hinzugekommen, die in den jugendhilfeplanerischen Prozessen zu beachten sind. Inklusion ist so eine Anforderung, die Einrichtungen und Dienste künftig in ihren Planungen berücksichtigen müssen. Es soll sichergestellt werden, dass Angebote der Jugendhilfe in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und ihren Familien entlang des ermittelten Bedarfs zusammenwirken. Des Weiteren soll die Jugendhilfeplanung die Qualität niedrigschwelliger ambulanter Hilfen (z. B. Erziehungsberatung oder sozialpädagogische Familienhilfe) sicherstellen und dafür sorgen, dass Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung in den Angebotsstrukturen

implementiert sind. Das heißt für uns als Jugendhilfeplanung, dass wir insbesondere bei der Bedarfsermittlung und der Maßnahmenplanung darauf achten müssen, dass die Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen grundsätzlich für alle jungen Menschen mit und ohne Behinderung zugänglich bzw. geeignet sind.

Inwiefern wird Kooperation bei Ihnen (auf der operativen Ebene) bereits gelebt?

Die Jugendhilfeplanung hat schon von Gesetzes wegen darauf hinzuwirken, dass ihre Planungen mit anderen örtlichen und überörtlichen Planungen abgestimmt werden; dazu gehören beispielsweise die Sozial- und die Bauleitplanung. In Mainz sind die Jugendhilfe- und die Sozialplanung in einer Organisationseinheit zusammengefasst, sodass hier eine intensive Kooperation im Sinne einer integrierten Planung gewährleistet ist. Unerlässlich ist des Weiteren die Kooperation mit den anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowohl beim öffentlichen als auch bei den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe.

Welche Herausforderungen bringt die Kooperation mit anderen Fachämtern und Planungsstellen mit sich bzw. was begünstigt eine solche Kooperation?

Der öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe trägt die Gesamtverantwortung

dafür, dass die Leistungen des SGB VIII in geeigneter Form und bedarfsgerecht vorhanden sind. Das Verfahren, mit dem er dieser Verantwortung gerecht werden soll, ist die Jugendhilfeplanung. Eine Herausforderung ist immer wieder, Aufgabe und Rolle der Jugendhilfeplanung als Steuerungs(unterstützungs)instrument zu vermitteln. Begünstigt wird eine Kooperation durch einen regelmäßigen Austausch in vereinbarten Formaten.

Als Jugendhilfeplaner und Koordinator des kommunalen Bildungsmanagements verbinden Sie in Ihrer Person zwei wichtige Bereiche der kommunalen Planung. In der Jugendhilfeplanung gibt es eine lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung und freien Trägern. Was kann das Bildungsmanagement von der Jugendhilfeplanung lernen?

Die Jugendhilfeplanung hat einen klar definierten gesetzlichen Auftrag. In einem jährlichen Arbeitsplan, der von der Verwaltungsspitze mitgetragen bzw. verabschiedet wird, werden einzelne Arbeitsschwerpunkte bzw. -aufträge festgelegt. Dadurch hat die Jugendhilfeplanung eine verbindliche und verlässliche Arbeitsgrundlage. Im Bereich des Bildungsmanagements ist es deshalb hilfreich, sich eine solche, von der Verwaltungsspitze und ggf. den zuständigen Gremien verabschiedete Arbeitsgrundlage zu geben.

Themendossier

kooperative Planung

INTEGRIERTE PLANUNG KOMMUNALER BILDUNGSLANDSCHAFTEN

Die Forderung nach einer kommunalen Bildungsplanung im Sinne einer integrierten Fachplanung ist spätestens seit der Veröffentlichung des zwölften Kinder- und Jugendberichts im Jahr 2005 fester Bestandteil der Debatte um die Entwicklung lokaler Bildungslandschaften. Dieses Themendossier greift das Thema auf und präsentiert Beispiele aus der Praxis.

(https://www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/201023_dossier_08_web_1.pdf)bibs2016/Bericht_Final_JIB.pdf und https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn052561.pdf)

GEMEINSAM STEuern, GEMEINSAM HANDELN

Kommunale Angebote konsequent an den Bedarfen der Menschen auszurichten, entspricht der Idee moderner Verwaltungen und ist ein wesentliches Element der integrierten Planung ebenso wie des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements. Diese Ausgabe des Magazins TRANSFERkompass der Transferagentur Niedersachsen befasst sich mit Aspekten integrierter Planung und wie sich Synergien zum datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement herstellen lassen.

(https://www.transferagentur-niedersachsen.de/fileadmin/user_upload/TRANSFERkompass_112020_Integrierte_Planung.pdf)

SCHULENTWICKLUNG UNTERSTÜTZEN UND MITGESTALTEN

Die Handreichung gibt einen Einblick, wie Kommunen mithilfe eines kommunalen Bildungsmanagements Schulentwicklungsprozesse unterstützen und mitgestalten können. Sie nimmt Befunde zur Einbindung von außerschulischen Akteuren in Schulentwicklungsprozesse von Ganztagschulen in den Blick und beschreibt die Rolle von Bildungsbüros bei der Koordinierung von Schulnetzwerken. (https://www.transferagentur-mitteldeutschland.de/fileadmin/Publikationen/Handreichungen/Handreichung_TransMit_Schulentwicklung_unterst%C3%BCtzen_und_mitgestalten.pdf)

KOMMUNALE PLANUNGS-PROZESSE UNTER DEM FOKUS BILDUNG

Sozialplanung und Bildungsmanagement gehen mit ihrem querschnittlichen Grundverständnis vergleichbar an Planungsprozesse heran. Insofern liegt der Vorteil einer Kooperation beider Bereiche auf der Hand. In der zweiten Ausgabe von TransMit plus zeigt die Transferagentur Mitteldeutschland, welchen Stellenwert Bildung im Rahmen der Sozialplanung einnehmen kann und wie Sozialplanung, Bildungsmonitoring und -management durch gemeinsame Planungsprozesse voneinander profitieren können. (https://www.transferagentur-mitteldeutschland.de/fileadmin/Publikationen/TransMit_Plus/TransMit_plus_2_Kommunale_Planungsprozesse_2_01.pdf)

SPIELRÄUME FÜR KINDER UND FAMILIEN GESTALTEN

In der Coronakrise brauchen Familien, Kinder und Jugendliche flexible, alternative Lösungen. Der Beitrag zeigt, wie eine Weiterentwicklung der kommunalen Planungs- und Koordinationskapazität Spielräume für aktuelle und zukünftige Herausforderungen schafft. (https://www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/01_kommune360_impulse_erkenntnissecorona.pdf)

Weitere Publikationen zum Thema finden Sie in unserer Infothek: <https://www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de/materialien/infothek>



GEMEINSAM SCHULE GESTALTEN

Unser Transferbeispiel beschreibt, wie der Landkreis Saarlouis mit dem Programm „Gemeinsam Schule gestalten“ Schulunggestaltungsprozesse unterstützt und begleitet. Schüler:innen sowie weitere am Schulleben Beteiligte wirken systematisch an Maßnahmen oder Entscheidungen mit, die den Lern- und Lebensraum Schule betreffen. (https://www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Transferbeispiel_SEP_Saarlouis_web.pdf)

VON DER FACH- ZUR BILDUNGSPLANUNG. INTEGRIERT. KOMMUNAL. VERNETZT.

Am 16. Juni 2021 kamen im Rahmen der digitalen Thementagung über 120 Akteure aus der kommunalen Praxis, Forschung und Politik zusammen, um die Vorteile einer integrierten, fachbereichsübergreifenden Bildungsplanung zu diskutieren. Auf unserer Webseite finden Sie eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltung. (<https://www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de/veranstaltungen/vergangene-veranstaltungen/digitale-thementagung-von-der-fach-zur-bildungsplanung>)

DATEN FÜR DAS KITA-SOZIALRAUMBUDGET

Damit Bildungsbiografien einen starken Start haben, müssen sich die Bildungsangebote und ihre Finanzierung an der Lebenswelt der Kinder und Eltern orientieren. Die Benachteiligung einzelner Sozialräume kann ausgeglichen werden, wenn Mittel gezielt vergeben. Mit unserem Praxistipp möchten wir das Konzept des Sozialraumbudgets aus Sicht des kommunalen Bildungsmonitorings vorstellen und am Praxisbeispiel der Stadt Koblenz veranschaulichen. (https://www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Praxistipp_KitaSozialraum_final_web.pdf)

CHANGENERECHTIGKEIT DURCH INTEGRIERTE BILDUNGSPLANUNG

Landkreise und kreisfreie Städte tragen u.a. als Träger von Kindergärten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen in erheblichem Maße für das regionale Bildungsangebot Verantwortung. Museen und Theater vermitteln umfassende lebensortnahe kulturelle und non-formale Bildungserfahrungen. Die zweite Ausgabe des Magazins „TANORAMA“ widmet sich daher fachübergreifenden Ansätzen der kommunalen Bildungsplanung von ihrer theoretischen und vor allem auch praktischen Seite. (https://www.transferagentur-nord-ost.de/sites/default/files/tanorama_01-2020.pdf)



„Pflege! Deine Zukunft“

Integration in Ausbildung und Beruf im Landkreis Altenkirchen

von Andrea Rohrbach

In der gesamten Bundesrepublik Deutschland steigt aufgrund des demografischen Wandels der Bedarf an professionellen Pflegekräften. Dieser Bedarf wird auch durch die Pflegekonferenzen im Landkreis Altenkirchen immer wieder bestätigt. Der Landkreis und hier insbesondere die Sozialabteilung begegnen diesem Problem bereits seit Jahren durch Maßnahmen der Pflegestrukturplanung. Vielseitige Bemühungen der Pflegeeinrichtungen und -dienste zum Anwerben von Fachkräften, bspw. durch Prämienzahlungen waren in der Vergangenheit allerdings wenig erfolgreich. Daher nahm der Landkreis mit einem neuen Projekt eine weitere Zielgruppe für den Pflegesektor in den Blick: Die Gruppe der Geflüchteten.

Arbeitsintegration geflüchteter Menschen

Seit dem Jahr 2014 hat der Kreis Altenkirchen ca. 2.500 Personen im Rahmen der Migrations- und Fluchtbewegung aufgenommen. Statistiken zeigen, dass unter diesen Personen ein sehr hoher Prozentsatz an jungen Menschen zu verzeichnen ist, die aufgrund von verschiedenen Aspekten mit einer hohen Wahrscheinlichkeit in Deutschland verbleiben werden. Aus diesem Grund wird eine arbeitspolitische Integration dieser Menschen für unerlässlich gehalten.

Der Arbeitsintegration stehen einige erschwerende Problemlagen gegenüber, die ein auf die Zielgruppe abgestimmtes Projektvorgehen notwendig machen. Hierzu zählen unter anderem Sprachbarrieren, Bildungslücken und interkulturelle Hürden.

Niedrigschwelliger Einstieg in die Pflege

Das Projekt „Pflege! Deine Zukunft“ bietet den Teilnehmenden durch die Kombination aus einem Freiwilligendienst, einem speziellen Sprachkurs und Bildungsseminaren einen niedrigschwelligen Einstieg in den Pflegeberuf. Fachspezifische Sprachkenntnisse sowie erste praktische Erfahrungen in einer Pflegeeinrichtung bereiten auf eine mögliche spätere Ausbildung vor. Die engmaschige Betreuung der Teilnehmenden ermöglicht zudem die Aufarbeitung verschiedener Problemlagen. Mit dem DRK Landes-

verband Rheinland-Pfalz hat der Landkreis einen erfahrenen und engagierten Partner gefunden, der in enger Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Altenkirchen das Projekt durchführt und für die Abwicklung des Freiwilligendienstes verantwortlich ist.

Zusammenspiel der Projektteile

Der Mehrwert des Projektes liegt vor allem im Zusammenspiel der einzelnen Komponenten. Durch die Verbindung von Theorie und Praxis, vor allem im Bereich des Sprachenlernens, wird die Effizienz wesentlich erhöht. Die Teilnehmenden lernen die Begrifflichkeiten des alltäglichen Berufslebens und können diese direkt anwenden. Zusätzlich werden typische Hürden der Zielgruppe durch eine stetige Betreuung abgebaut. An den Seminartagen befassen sich die Teilnehmenden zudem mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Themen und reflektieren auch ihren Arbeitsalltag in gemeinsamen Runden.

Koordination und Aufgabenverteilung

Das Projekt wird durch die beiden Projektleitungen der Kreisverwaltung und des DRK Landesverbandes koordiniert. Zum einen übernimmt die Bildungskoordination der Kreisverwaltung die Koordinierung des Sprachkurses und die Begleitung der Teilnehmenden. Dies beinhaltet unter anderem Unterstützung bei Fragen des täglichen Lebens, Unterstützung bei der Erstellung

von Bewerbungsunterlagen und bei notwendigen Behördengängen sowie bei der Anerkennung von ausländischen Berufs- und Schulabschlüssen aber auch die Kostenabrechnung.

Die Koordination des Freiwilligendienstes übernimmt der Projektleiter des DRK Landesverbandes. Hierunter fallen vertragliche Angelegenheiten, die Abrechnung des Taschengeldes und die Koordination der Projektstage.

Gemeinsam kümmern sich die Projektleitungen um Öffentlichkeitsarbeit und Akquise – sowohl von Projektteilnehmerinnen und -teilnehmern als auch von teilnehmenden Einsatzstellen.

Wirkung

Ein wichtiges Ziel des Projektes war die Vermittlung der Teilnehmenden in Ausbildung oder Arbeit in der Altenpflege. Nachdem die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Projekt abgeschlossen hatten, hat sich gezeigt, dass dieses Ziel auch erreicht werden konnte. Zwei Teilnehmende wurden in Arbeit vermittelt und drei weitere Teilnehmende haben einen Ausbildungsplatz für das Jahr 2020 erhalten. Ein weiterer Teilnehmender bekam einen Ausbildungsplatz für 2021 zugesagt.

Eine weitere Wirkung des Projektes ist sicherlich in der interkulturellen Öffnung in den Einsatzstellen und bei den zu pflegenden Menschen zu sehen. Nach Gesprächen mit den Anleiterinnen und Anleitern in den Einsatzstellen wurde deutlich, dass die interkulturelle Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden des Projektes von allen Beteiligten geschätzt wird. Alle Einsatzstellen würden in Zukunft weitere Kandidatinnen und Kandidaten des Projektes beschäftigen. Die Teilnehmenden berichteten von der Neugier und der Offenheit der von ihnen gepflegten Menschen. Hier entstand ein reger Austausch.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit zur Verstärkung der Akzeptanz der Zielgruppe in der Gesellschaft war ein für die Projektverantwortlichen wichtiger Aspekt. Zahlreiche Pressemitteilungen trugen Informationen zum Projekt in die Öffentlichkeit. Der Erfolg des Projektes wird zudem durch die Auszeichnung als Best Practice Beispiel im Rahmen des Integrationspreises des Landes Rheinland-Pfalz in der Kategorie „Wurzeln schlagen – in zwei Kulturen“ bestätigt.

Autorin: Andrea Rohrbach, Bildungskoordination für Neuzugewanderte, Landkreis Altenkirchen



Alle Einsatzstellen würden in Zukunft weitere Kandidatinnen und Kandidaten des Projektes beschäftigen.





Interview mit Bildungsmonitorer Tobias Clanget zum ersten Bildungsbericht des Landkreis Saarlouis

Herr Clanget, wir beglückwünschen Sie zur Veröffentlichung des ersten Bildungsberichtes des Landkreises Saarlouis. In den Bericht sind Bildungsdaten aus fast einem Jahrzehnt geflossen. Was waren die wichtigsten Meilensteine auf diesem Weg?

Zum ersten Mal liegt der Fokus einer Berichterstattung nicht auf einzelnen Teilbereichen der Bildungslandschaft, sondern auf den Zusammenhängen zwischen den Bildungsabschnitten und ihren Einflussfaktoren. Die hierbei größte Herausforderung lag im Ziehen der thematischen Richtschnur, die wir in Abstimmung mit Fachämtern und Hauspitze finden und definieren mussten. Das war vermutlich größte Herausforderung und größter Meilenstein zugleich.

Bei der Erstellung des Berichts hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, dass das Thema Bildung im Haus als zuständigkeitsübergreifende Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen wurde. Seitdem ist auch die Nachfrage nach dem Bildungsmonitor – (der Saarlouiser Bildungsdatenbank) stark angestiegen.

Landrat Patrik Lauer hat den Bildungsbericht als Sichtbarmacher bezeichnet – welche Aspekte, regionalen Facetten, vielleicht auch Problemlagen oder Erfolge hat der Bericht sichtbar machen können?

Im Bericht selbst offenbaren sich den Leserinnen und Lesern einerseits Fakten, die zwar als „Bauchgefühl“ in der Gesellschaft wahrgenommen werden, denen

bis dato aber die Datengrundlage fehlte, um sie mit der angemessenen Dringlichkeit zu diskutieren. Explizit betrifft dies den starken Rückgang nach beruflicher Bildung [BK1], den Trend zur Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Region von der Stahl- und Automobilbranche, die durch Klimapolitik, Digitalisierung und Globalisierung stark unter Druck geraten ist. Auf der anderen Seite finden sich im Bericht viele Aspekte, die so von den Leserinnen und Lesern erst entdeckt werden müssen. Hierbei denke ich vor allem an die Leistungsfähigkeit unserer Schullandschaft und die Herausforderungen, die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen in den kommenden Jahren ergeben werden.

v.l. Tobias Clanget, Bildungsdezernentin Monika Braun und Landrat Patrik Lauer bei der Vorstellung der ersten Bildungsberichts des Landkreises

Um den Bericht aufzulockern, haben wir in jedem Kapitel Infoboxen platziert, die über besondere Angebote und Leistungen der Kreisverwaltung in den einzelnen Bildungsbereichen berichten.

Ein wichtiges Ziel der Bildungsberichterstattung und des Bildmonitorings ist das Schaffen von Transparenz. Welche Rolle hat dieser Aspekt bei der Gestaltung des Berichts gespielt? Und wie stellen Sie sicher, dass die relevanten Zahlen und Fakten bei der Zielgruppe ankommen?

Echte Transparenz zu schaffen ist eine Mammutaufgabe. Um sie zu erreichen, müssen viele Voraussetzungen erfüllt sein. Unser erster Bildungsbericht ist aber definitiv eine wichtige Station auf diesem Weg.

Er hilft dabei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für Themen und Trends im Bildungsbereich zu schaffen. Das ist sehr wichtig, da Transparenz erst durch die Wiedervorlage und die damit verbundene Überprüfbarkeit der getroffenen Maßnahmen entsteht. Umso mehr Aufmerksamkeit diese Themen erhalten, desto größer ist also die Wahrscheinlichkeit, dass Verbesserungen erreicht werden.

Wir wollen diesen Impuls nun nutzen und die nächsten Hürden auf dem Weg zu echter Transparenz überwinden. Dazu werden wir in den nächsten Berichten das Indikatorsystem des Anwendungsleitfadens in teilweise angepasster Form in der Verwaltung und der Bildungsdatenbank implementieren. Außerdem werden wir bei Folgeprodukten den räumlichen Fokus zunehmend auf die Gemeindeebene verlagern. Dies wird unweigerlich

zu Diskussionen in den Verwaltungen aber auch zu einem öffentlichen Diskurs führen.

Die Stabsstelle Bildung nimmt eine zentrale Rolle in der Bildungsplanung des Landkreises ein. Welchen Einfluss hat das Bildungsmonitoring bereits auf die Entwicklung der Bildungslandschaft in Saarlouis nehmen können? Wie nutzen Sie nun die Erkenntnisse aus dem Bildungsbericht, um neue Veränderungen anzustoßen?

Die Gegebenheiten und Anforderungen an ein Bildungsmonitoring unterscheiden sich stark zwischen den Kommunen. Im Landkreis Saarlouis hat sich frühzeitig herausgestellt, dass das Bildungsmonitoring dann seine Wirkung am besten entfalten kann, wenn es die Fachämter bei ihrer Arbeit unterstützt. Deshalb wirkt die Arbeit des Bildungsmonitorings bei der Entwicklung der Bildungslandschaft kontinuierlich mit. Die zentrale Haltung und Akquise von bildungsrelevanten Daten und ihre systematische Bereitstellung und Auswertung erleichtern den Fachämtern die Arbeit ungemein. Zunehmend besteht unsere Unterstützung inzwischen darin, dass wir digitale Lösungen für die Bewältigung der regelmäßig anfallenden Aufgaben der Fachämter erarbeiten. Dabei kann es sich beispielsweise um möglichst nutzerfreundliche Lösungen zur Datenerhebung handeln, für die Fachämter oftmals nicht das nötige Knowhow mitbringen können.

Zum Abschluss dürfen wir Sie auf die grüne Wiese schicken: Wie würden sie das Bildungsmonitoring im Landkreis Saarlouis mit unbegrenzten Ressourcen und der nötigen politi-

schen Unterstützung bis zum Jahr 2030 weiterentwickeln?

Ich wünsche mir, dass das Bildungsmonitoring perspektivisch personell besser ausgestattet wird, um die zunehmende Zahl an Aufgaben und Anfragen ohne allzu großen zeitlichen Verzug abarbeiten zu können. Außerdem fände ich es sehr sinnvoll, den Zuständigkeitsbereich des Monitorings auf weitere Bereiche der Verwaltung wie Immobilienmanagement und Finanzen zu erweitern und zu einem Zentralmonitoring weiterzuentwickeln. Erste Entwicklungen in diese Richtung lassen sich bereits heute erkennen.

Darüber hinaus sehe ich großes Entwicklungspotential des Bildungsmonitorings durch die Einführung von regelmäßigen, digitalen Umfragen unter Schüler*innen und Schülern, Eltern und Interessenvertretungen, um möglichst früh Entwicklungen und neue Trends zu erkennen und in die Arbeit der Kreisverwaltung einfließen zu lassen.

Abgesehen vom obligatorischen „Mehr ist immer besser“ wünsche ich mir, dass wir es schaffen, nicht nur im Bereich des Bildungsmonitorings, eine zeitgemäße Datenkultur in der Verwaltung zu etablieren. Darunter verstehe ich, dass die Mitarbeitenden ein solides Verständnis von Datenhaltung und -bearbeitung entwickeln und wir es so schaffen, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten.

Am wichtigsten ist mir jedoch, dass wir in Zukunft – auch über Personalwechsel und Wahlen hinweg – nicht aufhören, am Ziel echter Transparenz im Bildungsbereich zu arbeiten.

3 ½ Fragen an ...

... Laura Silvia Schaaf

Bildungsmanagerin und -monitorerin
im Landkreis Neuwied

Woran arbeiten Sie gerade?

Gerade arbeite ich an dem Kreis-Check Migration und Integration. Diese Bildungsberichterstattung wird einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um die Transparenz in diesem Themenfeld zu gewährleisten.

Ein aktueller Bedarf im Landkreis Neuwied besteht in der Fachkräftesicherung. An der Bildungskette entlang lenken wir daher verstärkt das Augenmerk auf die MINT-Bildung. Der Landkreis hat sich mit regionalen und überregionalen Kooperationspartner*innen erfolgreich beim Förderwettbewerb „MINT-Regionen 2020“ der Ministerien für Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft beworben und wurde ausgezeichnet. Vorausgegangen war eine umfassende Vorbereitung durch das Bildungsmonitoring und das Bildungsmanagement, um den für die Bewerbung erforderlichen breiten politischen Konsens zu erzielen. Zusammen mit einer Vielzahl von Kooperationspartner*innen bündeln wir vielfältige regionale und überregionale MINT-Projekte, vernetzen sie und initiieren neue Angebote und Kooperationen, um die MINT-Bildung zu fördern. Die Projekte laufen jetzt an, wie bspw. die Girls-MINT-Workshops, die Campustage oder das Transfertreffen in Kooperation mit der MINT-Region Koblenz. Des Weiteren ist der Landkreis offizieller „MINT-Regionalpate“¹. Dadurch konnten wir diverse Schulen mit den Unterrichtsprogrammen IT2School (weiterführende Schulen) und KiTec (Grundschulen) ausstatten.

Sie sind sowohl Bildungsmanagerin als auch Monitorerin. Was bedeutet es für Sie, beide Stellen zu vereinen?

Auf der einen Seite ist es eine Herausforderung, im Zeitmanagement beiden Stellen gerecht zu werden. Auf der anderen Seite kann ich zwei spannende Aufgabenfelder miteinander vereinen, was mir sehr viel Spaß macht! Ich kann interessanten Fragestellungen auf den Grund gehen, gestützt durch verständ-



lich aufbereitete sowie valide Daten, und gleichzeitig durch Kooperationen Projekte initiieren.

Worauf sind Sie besonders stolz?

Besonders stolz bin ich auf die Wertschätzung, die mir entgegengebracht wird und die Teamarbeit mit Andrea Oosterdyk im Bildungsbüro Neuwied. Unsere Arbeit ermöglicht Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ihre individuellen Bildungs- und Zukunftschancen zu verbessern. Damit sorgen wir entlang der gesamten Bildungskette für etwas mehr Chancengerechtigkeit.

Was wünschen Sie sich für das Bildungsbüro für die Zukunft?

Um erfolgreich weitere Projekte durch Kooperationen anstoßen zu können und den Netzwerken gerecht zu werden, muss die Verstärkung gesichert sein. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass das Bildungsbüro auch weiterhin die Möglichkeit bekommt, dieses facettenreiche und große Themenfeld der Bildung bearbeiten zu können.

... Hanns Peter Ebert

Bildungsmanager im Landkreis Merzig-Wadern

Woran arbeiten Sie gerade?

Im Mittelpunkt meiner Arbeit stehen aktuell die Einführung unseres neuen Bildungsportals und die Vorbereitung einer Digitalen Bildungskonferenz. Besonders gespannt bin ich darauf, wie unsere neuen Erklärvideos für das Bildungs- und Familienportal aufgenommen werden. Und dann hoffe ich natürlich darauf, dass wir im zweiten Halbjahr eine kleine Tournee durch den Landkreis zur Vorstellung des Bildungsportals unternehmen können.

Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf Ihre Arbeit?

Die Netzwerkarbeit ist von zentraler Bedeutung im Bildungsmanagement. Das ist sehr auf der Strecke geblieben. Zum Glück sind die entstandenen Kontakte so gut, dass ein „ab und zu online“ Sehen den gegenseitigen Leidensdruck deutlich verringern kann. Und natürlich fehlt mir durch das dominierende Homeoffice der lebendige Austausch im Team. Umgekehrt habe ich im letzten Jahr viel technisches Knowhow in der Online Kommunikation, im Veranstaltungsmanagement und der digitalen Visualisierung von Ideen dazugewonnen. Das nennt man dann wohl Lebenslanges Lernen.

Was haben Sie bei der Arbeit als Bildungskordinator und dann Bildungsmanager gelernt?

Zweieinhalb Jahre Bildungskoordination und jetzt anderthalb Jahre Bildungsmanagement haben sehr positive Spuren bei mir hinterlassen. Ich hatte aufgrund bestehender Kontakte und der Kenntnis des Landkreises das Glück, in beiden Bereichen nicht von null anfangen zu müssen. Neu für mich war, wie gut Zahlen im Bildungsmonitoring und Kommunikation im Bildungsmanagement zusammenwirken können. Auch die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Facetten von Bildung und Bildungsarbeit haben meinen Horizont erweitert. Meine neuen

Erkenntnisse zu gelingenden Bildungsbiographien konnte ich dann gleich bei meinen Söhnen anwenden. Der eine steckt in der Berufsausbildung, der andere ist im System Grundschule unterwegs.

Was reizt Sie persönlich an der Arbeit im kommunalen Bildungsmanagement?

Vor allem die Möglichkeit kreativ zu sein und strategisch arbeiten zu können, ist ein Vorteil meiner Arbeit. Da ist natürlich die motivierende Arbeit mit den vielen engagierten Menschen in den Bildungseinrichtungen zu nennen, die unseren Landkreis gemeinsam in Sachen Bildung voranbringen wollen. Und da ich selbst im Landkreis lebe und auch als Vater persönlich an guten Bildungsangeboten vor Ort interessiert bin, ergibt meine Arbeit einen ganz besonderen Sinn.



¹ Das Programm MINT-Regionalpate ist eine Initiative des Ministeriums für Bildung im Rahmen der landesweiten MINT-Strategie. Das Programm wird in enger Kooperation mit der Wissensfabrik - Unternehmen für Deutschland e.V. und der KSB Stiftung entwickelt. Die landesweite Umsetzung des Programms wird neben den regionalen Partnern unterstützt durch das Pädagogische Landesinstitut, die MINT-Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz und die kommunalen Medienzentren (weitere Informationen unter: <https://mint.rlp.de/de/foerderung/programm-mint-regionalpate/>).

Kooperation zwischen Stadt und Landkreis im Bildungsmonitoring

Ein Interview mit Dr. Martha Ottenbacher und Julia Schmitt

Die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saarburg kooperieren seit einigen Monaten im Bereich des kommunalen Bildungsmonitorings. Dr. Martha Ottenbacher und Julia Schmitt verantworten das Bildungsmonitoring in den beiden Verwaltungen. Im Interview mit der Transferagentur sprechen Sie über die Hintergründe und die ersten Schritte im Aufbau der Kooperation.

Welche Motivation liegt der Kooperation von Stadt und Landkreis im Bildungsmonitoring zugrunde?

Ottenbacher: Zum einen ist es die Lage der Stadt Trier und des Landkreises Trier Saarburg, der das Oberzentrum Trier vollkommen umschließt. Dadurch kommt es zu Pendlerverflechtungen: bei der Arbeit, in der Freizeit und im Bildungsbereich. Beide Kommunen, Stadt und Landkreis, bieten den Einwohnern Bildung an – zum Beispiel Kitas, Schulen, Berufsschulen, Volkshochschulen, Theater etc. Dabei legen Jugend-

liche und Erwachsene weite Strecken aus dem Landkreis in die Stadt zurück, um zum Beispiel in die Berufsschule oder zu Sprachkursen zu kommen. Wenn man zusammen plant, dann können die Bildungsangebote für diese Menschen passender gemacht werden. Es hat Vorteile für beide Kommunen, für Landkreis und Stadt, wenn sie in einigen Aspekten zusammenarbeiten, weil man schauen kann, wie viel wovon und wo angeboten wird und wie die Menschen dahinkommen. Das ist auch eine Transport- und Verkehrsinfrastrukturfrage.

Schmitt: Der Landkreis, als Kragen-Landkreis rund um Trier, hat erst im Jahr 2019 mit dem kommunalen Bildungsmonitoring, bzw. dem Bildungsmanagement insgesamt, angefangen. Dort gab es gar keine Datenlage und es war schon immer klar, dass es diese Verflechtung gibt, wie Frau Dr. Ottenbacher sie gerade ausgeführt hat, insbesondere im Bildungsbereich. Von frühkindlicher Bildung über die klassische Schulbildung bis zur Weiter-

bildung gibt es Wanderungen und dazu liegen keine Daten vor. Tatsächlich gibt es in der Datenlage im Bereich Pendler große Lücken zwischen den einzelnen Gebietskommunen und das können wir mit einer Kooperation für die Zukunft gut aufarbeiten.

Wie sieht die Kooperation in der Praxis aus?

Schmitt: Wir haben zunächst auf politischer Ebene die Zustimmung dafür eingeholt und eine Kooperationsvereinbarung für das kommunale Bildungsmonitoring geschlossen. In der Praxis hat die Stadt Trier schon lange TILL – Das Trierer Informationssystem Lebenslanges Lernen – sprich, das Instrumentarium Kombi, eingesetzt. Der Landkreis Trier-Saarburg profitiert davon, indem wir gemeinsame Gliederungstabellen geschaffen haben und dadurch in einer gemeinsamen Datenbank diese Datenlücken insgesamt dargestellt oder geschlossen werden können.

Ottenbacher: Genau. Das ist erst einmal ganz banal. Man braucht Informationen, wenn man zusammenarbeiten möchte. Man braucht verlässliche Informationen, also Daten, und hier kann man zusammenarbeiten, indem man diese zusammenführt oder gemeinsam die Datenquelle aufbaut, die Daten zusammenhält und auch zusammen auswertet. Dann kann man gegenseitig die blinden Flecke auflösen und so gemeinsam profitieren. Das ist der Punkt, an dem wir angefangen haben: die Datenerhebung mit TILL. Wir haben geschaut, dass man einen gemeinsamen Zeitpunkt hat, an dem man die Daten erhebt oder sich zumindest angleicht und auch die gleichen Gliederungen verwendet. Das passiert auf der Arbeitsebene.

Schmitt: Also in der Praxis gab es natürlich vor Corona auch eine Phase, in der wir uns, gerade im Bereich der Gliederung oder der räumlichen Gliederung insbesondere, abgestimmt haben. Jetzt kann ich über einen Token-Zugang bei der Stadt ganz praktisch von meinem Büro in der Kreisverwaltung aus an dem gemeinsamen Datenbanksystem arbeiten. Das ist ein großer Schritt nach vorn.

Das ist spannend. War das datenschutzrechtlich eine Hürde?

Ottenbacher: Das ging eigentlich ganz gut.

Schmitt: Der Zugang ist auf meine Person begrenzt. Frau Dr. Ottenbacher als Administratorin des Systems kann ganz klar definieren, welche Daten ich sehen kann oder welche umgekehrt

gesehen werden können. Was wir noch nicht haben, ist eine Möglichkeit, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung auf Dashboards oder ähnliches zugreifen. Wie wir das machen, ist für die Zukunft zu lösen.

Wer soll künftig von der Kooperation profitieren?

Schmitt: Beide.

Ottenbacher: Ja genau. Idealerweise die beiden Kommunen, als diejenigen, die das Angebot machen und planen müssen und die Kosten tragen. Aber im Grunde geht es darum, die Menschen in Bildungsangebote zu bringen und noch bessere und zielgerichtetere Angebote bereit zu stellen. Zunächst sollten die Menschen profitieren und dann eben auch beide Kommunen: Die Ämter, die Bildungsangebote machen, also die Volkshochschule zum Beispiel, die, die Bildungsplanung machen und die davon tangiert sind; zum Beispiel auch der ÖPNV, wenn man fragt: Wie groß ist der Anteil der Kinder, die im Landkreis wohnen, aber in der Stadt Trier zur Schule gehen? Wie kommen sie dahin und wie wird es organisiert?

Schmitt: Genau, das betrifft zum einen die Planung und zum anderen auch die politischen Gremien, die Entscheidungsträger, die durch eine bessere Datenlage eine fundiertere Basis haben, Entscheidungen für die jeweilige Gebietskörperschaft zu treffen.

Welche Hürden galt und gilt es aus dem Weg zu schaffen?

Schmitt: Eine Hürde ist die zeitliche Verfügbarkeit der Mitarbeiter:innen auf beiden Seiten. Eine gelebte Kooperation braucht natürlich auch Ressourcen und wenn die Ressourcen zeitlich nur eingeschränkt vorhanden sind, ist das Beleben einer solchen Kooperation ein kleiner Kraftakt, dem wir uns aber, denke ich, gerne widmen.

Ottenbacher: Bereits ganz am Anfang war der Wille zur Kooperation auf beiden Seiten auch auf der Entscheidungsebene da. Auf der Arbeitsebene geht es dann um die praktischen Fragen: Wie kann man Kooperation ausgestalten? Welche Absprachen sind notwendig? Dann die unterschiedlichen Verwaltungsabläufe: Was muss nochmal durch den Gremienzyklus laufen und wie ticken die unterschiedlichen Gebietskörperschaften? Dann gibt es aber auch die konkreten Verträge: Damit ich zum Beispiel von Trier noch eine Lizenz ausgeben konnte, um TILL gemeinsam



nutzen zu können, war es notwendig einen Dienstvertrag mit dem Kreis abzuschließen und auch Lizenzgebühren vom Kreis übernommen werden können.

Schmitt: Der Landkreis muss auch prüfen, wer diese Lizenzgebühren bezahlt und auch, was im Rahmen von Bildung integriert förderfähig ist.

Zum Schluss der Blick nach vorne: Welche Pläne haben sie darüber hinaus in der Zukunft?

Schmitt: Ich denke, nachdem jetzt eine gemeinsame Basis von Bildungsdaten geschaffen wird – vor allen Dingen im Schulbereich, gilt es auch thematische Felder zu erschließen. Ein Schwerpunkt in Trier-Saarburg ist mit Sicherheit Bildung für nachhaltige Entwicklung und auch der Bereich der kulturellen Bildung. Das gemeinsam mit der Stadt anzugehen wäre mit Sicherheit ein Wunsch.

Ottenbacher: Es wäre so sinnvoll, dass man wirklich eine gemeinsame Statistik hat. Jetzt sind wir in der Angleichung und Homogenisierung, aber dass man zum Beispiel eine übergreifende Schulstatistik hat und eben gemeinsame Analysen machen kann, das wäre ideal. Das klingt so einfach, aber das braucht sehr viel Zeit, finanzielle und personelle Ressourcen.

Schmitt: Und den politischen Willen auf beiden Seiten.



Die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saarburg kooperieren seit einigen Monaten im Bereich des kommunalen Bildungsmonitorings.



IMPRESSUM

Kommunales Bildungsmanagement Rheinland-Pfalz – Saarland e.V.

Transferagentur RLP-SL

Domfreihof 1a

54290 Trier

Telefon: 0651 · 46 27 84 · 0

Email: info@transferagentur-rlp-sl.de

Web: www.transferagentur-rheinland-pfalz-saarland.de

Redaktion: Dr. Katja Wolf / Benjamin Koltermann

Die Verantwortung für den Inhalt der einzelnen Beiträge liegt bei den genannten Autorinnen und Autoren.

Gestaltung: Phormat Werbeagentur / entsch-media

ISSN (Print) 2367-4466

Oktober 2021

Bildnachweis:

S.01 iStock.com/chengyuzheng; S.02 Helmut Thewalt/Landkreis Trier-Saarburg; S.03, 04 Benjamin Koltermann/Transferagentur RLP-SL; S.03, 20 Landratsamt Saarlouis; S.03, 19 Landkreis Altenkirchen; S.05 iStock.com/franck-reporter; S.07, 28 iStock.com/fizkes; S.08-09 iStock/jotily; S.13 M.Rzadkowski (Creative-Commons Lizenz CC BY-SA 3.0); Milton Arias/Transferagentur RLP-SL; S.16-17 Kelli Tungay/Unsplash; S.22 Laura Silvia Schaaf; S.23 Katrin Schneider; S.24, 26-27 Jessica Trogler/Transferagentur RLP-SL